

Klaus Brummer

## »Erfolgreiche Fiaskos«. Objektive Kriterien für die Erforschung außenpolitischer Fehlschläge

### 1. Einleitung: Objektivistische Zugänge zur Analyse von Fiaskos

Dieser Beitrag nimmt eine objektivistische (positivistische) Perspektive auf die Analyse außenpolitischer Fiaskos ein. Er geht sowohl davon aus, dass Staaten dazu in der Lage sind, ihre außenpolitischen Zielsetzungen klar zu definieren, als auch davon, dass die Nicht-/Umsetzung der von Staaten festgelegten Zielsetzungen anhand objektiver Kriterien erfasst werden kann. Als erste Annäherung an den Begriff »Fiasko« lässt sich somit festhalten, dass ein solches vorliegt, wenn von den Akteuren festgelegte Zielsetzungen klar verfehlt werden.<sup>1</sup>

Ein solcher objektivistischer Zugang zur Erfassung (außen-)politischer Fiaskos gründet auf mehreren unterschiedlichen Strängen im wissenschaftlichen Schrifttum. In der Evaluationsforschung wie auch in der Verwaltungsforschung sind objektivistische Zugänge zur Ermittlung des Erfolgs oder Misserfolgs von bestimmten Maßnahmen oder Entscheidungen prägend. So betont Gray mit Blick auf die Evaluationsforschung: »The classic model of policy evaluation seeks first to define the government's objectives (the ‚policy‘) and then to see if these have been achieved (the ‚output‘) or perhaps the ‚impact‘ on the specified problem«<sup>2</sup>, wobei zumeist quantitative Indikatoren zur Bewertung herangezogen werden.<sup>3</sup> Im Kontext der Verwaltungsforschung verweist Boyne auf ein »goal model«, welches die Effektivität von Organisationen gleichsetzt mit der Frage, inwieweit diese die Ziele, zu deren Verwirklichung sie etabliert wurden, auch erreichen.<sup>4</sup>

Derlei evidenzbasierte Zugänge zur Ermittlung des Erfolgs oder Misserfolgs von Politiken gehen somit davon aus, dass die Akteure ihre Ziele eindeutig festlegen und in konkrete Maßnahmen überführen können und dass die Folgen dieser Maßnahmen ebenso eindeutig bemessen – und damit auch bewertet – werden können. Im Mittelpunkt stehen daher »objectively assessable outcomes of policy-making« und nicht etwa relativistische und zugleich subjektive Beurteilungen von Akteuren »which lack

1 Siehe weiter unten für eine genauere Operationalisierung.

2 Pat Gray, »Disastrous Explanations – or Explanations of Disaster? A Reply to Patrick Dunleavy« in: *Public Policy and Administration* 1, Nr. 1 (1996), S. 74–82, hier: S. 76.

3 David Marsh / Allan McConnell, »Towards a Framework for Establishing Policy Success« in: *Public Administration* 88, Nr. 2 (2010), S. 564–583, hier: S. 565.

4 George A. Boyne, »What is Public Service Improvement?« in: *Public Administration* 81, Nr. 2 (2003), S. 211–227, hier: S. 214–216.

the need for any objective status or characteristics which would make them susceptible to classification and further analysis«.<sup>5</sup> Eine Politik gilt in dieser Logik dann als »major failure«, wenn sie entlang mehrerer objektiver Kriterien wie Ausmaß, Vermeidbarkeit, Sichtbarkeit, Intensität und Dauer durchweg hohe Werte bzw. starke Ausprägungen aufweist.<sup>6</sup>

In der theoriegeleiteten Außenpolitikforschung (*Foreign Policy Analysis*) finden sich ebenfalls mehrere Ansätze, die den Erfolg und v. a. den Misserfolg einer Außenpolitik auf objektiv erfassbare Kriterien zurückführen.<sup>7</sup> Der klassische Ansatz zur Analyse außenpolitischer Fiaskos ist das Groupthink-Modell.<sup>8</sup> Das Modell hebt auf die negativen Folgen für die Qualität von Entscheidungsprozessen ab, die in außenpolitischen Entscheidungsgruppen dann auftreten können, wenn das Streben nach der Bewahrung von (vermeintlicher) inhaltlicher Übereinstimmung unter den Gruppenmitgliedern Vorrang erhält vor der bestmöglichen inhaltlichen Bearbeitung eines Sachverhalts. Zu den klassischen Beispielen für außenpolitische Fiaskos, die auf das Auftreten von Groupthink zurückgeführt worden sind, gehören die Invasionen in der Schweinebucht unter US-Präsident John F. Kennedy, die Eskalation des Vietnamkonflikts unter US-Präsident Lyndon B. Johnson<sup>9</sup> und die Invasion im Irak unter US-Präsident George W. Bush.<sup>10</sup>

Während Janis in seinen wegbereitenden Arbeiten von einer nicht näher spezifizierten probabilistischen Verbindung ausgeht zwischen dem Auftreten von Groupthink und außenpolitischen Fiaskos – im Sinne von: wenn Groupthink auftritt, führt dies mit größerer Wahrscheinlichkeit zu »schlechten« Entscheidungen (sprich Fiaskos) – und ansonsten vor allem auf den Entscheidungsprozess als solchen fokussiert, haben Mark Schafer und Scott Crichlow in Anlehnung an Janis die Frage nach der Qualität einer Entscheidung genauer beleuchtet. Schafer und Crichlow bewerten diese anhand zweier Dimensionen, in Form der Nicht-/Umsetzung nationaler Interessen eines Landes und der De-/Eskalation eines internationalen Konflikts infolge einer Entscheidung.<sup>11</sup> Aus dieser Perspektive liegt eine qualitativ sehr schlechte Entscheidung (ein Fiasko) dann

5 Michael Howlett, »The Lessons of Failure: Learning and Blame Avoidance in Public Policy-making« in: *International Political Science Review* 33, Nr. 5 (2012), S. 539–555, hier: S. 542.

6 Ebd., S. 544. Ein Fiasko liegt in zeitlicher Hinsicht somit ab dem Moment vor, ab dem sich bei der Beurteilung einer Politik entlang der angeführten Dimensionen hohe bzw. starke Ausprägungen feststellen lassen. Ein Fiasko würde überwunden sein bzw. nicht länger vorliegen, wenn sich die hohen bzw. starken Ausprägungen rückgängig machen ließen, etwa infolge einer veränderten Vorgehensweise, die zu veränderten Politikergebnissen führt.

7 Siehe z. B. Stephen G. Walker / Akan Malici, *U.S. Presidents and Foreign Policy Mistakes*, Stanford 2011.

8 Irving L. Janis, *Groupthink. Psychological Studies of Policy Decisions and Fiascoes*, 2. Auflage, Boston et al. 1982.

9 Beide Fälle finden sich bei Janis, Groupthink, aaO. (FN 8).

10 Dina Badie, »Groupthink, Iraq, and the War on Terror: Explaining US Policy Shift toward Iraq« in: *Foreign Policy Analysis* 6, Nr. 4 (2010), S. 277–296.

11 Mark Schafer / Scott Crichlow, »The Process-Outcome Connection in Foreign Policy Decision Making: A Quantitative Study Building on Groupthink« in: *International Studies Quarterly* 46, Nr. 1 (2002), S. 45–68, hier: S. 46–48.

vor, wenn sie der Umsetzung der nationalen Interessen eines Landes schadet und/oder zur Eskalation eines internationalen Konflikts beiträgt. Schafer und Crichlow gehen somit davon aus, dass sich die Folgen einer Entscheidung entlang der beiden genannten Dimensionen darstellen lassen und sich daher auch die Qualität einer Entscheidung objektiv beurteilen lässt.

## 2. »Erfolgreiche Fiaskos« in asymmetrischen Allianzbeziehungen

Wie die im vorherigen Abschnitt angeführten Zugänge aus der Evaluations-, Verwaltungs- und Außenpolitikforschung nimmt auch dieser Beitrag eine objektivistische Perspektive auf Fiaskos ein. Der konkrete theoretisch-konzeptionelle Bezugspunkt ist jedoch nicht in einem der drei genannten Bereiche verortet, sondern in den Großtheorien der Internationalen Beziehungen (IB), genauer gesagt im Schrifttum zum Neo-/Realismus.<sup>12</sup> Die epistemologische bzw. methodologische Verbindung zwischen der »objektiven« Analyse außenpolitischer Fiaskos und dem Neo-/Realismus ist aufgrund der bis heute überwiegend objektivistischen/positivistischen Ausrichtung des neo-/realistischen Forschungsprogramms gegeben.<sup>13</sup> Zu diskutieren gilt es nun die inhaltliche Verknüpfung zwischen Fiaskos und dem Neo-/Realismus.

Der Neo-/Realismus hebt maßgeblich auf die Anarchie des internationalen Systems ab, die sich durch ein Fehlen einer über den Staaten bestehenden Ordnungsinstanz auszeichnet, deren Autorität sich auf alle Staaten erstrecken würde und die die Sicherheit der Staaten gewährleisten könnte. Hieraus ergibt sich ein »Selbsthilfesystem«, in welchem Staaten eigenständig für ihre Sicherheit bzw. für ihr »Überleben« sorgen müssen: »Self-help is necessarily the principle of action in an anarchic order.«<sup>14</sup> Während Staaten mit Blick auf diese grundlegende Motivation der Überlebenssicherung identisch sind, unterscheiden sie sich bezogen auf den Grad der ihnen zur Verfügung stehenden materiellen (v. a. militärischen und ökonomischen) Fähigkeiten. Je mehr Fähigkeiten ein Staat besitzt, desto besser ist er in der Lage, für sein Überleben zu sorgen, und desto größer ist auch das von diesem Staat abgedeckte Aufgabenspektrum.<sup>15</sup> Hieraus folgt, dass Großmächte – als Staaten mit einem hohen Maß an Fähigkeiten – über die Sicherung des eigenen Überlebens hinausgehende Aufgaben übernehmen, während Staaten mit geringen materiellen Fähigkeiten sich vornehmlich auf die Überlebenssicherung konzentrieren.

Die materiellen Fähigkeiten eines Staates – und damit die eigene Sicherheit und letztlich die Wahrscheinlichkeit des eigenen Überlebens – lassen sich auf zweierlei Wei-

12 Grundlegend hierzu Hans J. Morgenthau (revised by Kenneth W. Thompson) (1985) *Politics Among Nations. The Struggle for Power and Peace*, 6. Auflage, New York 1985; Kenneth N. Waltz, *Theory of International Politics*, Reading et al. 1979.

13 Jennifer Sterling-Folker, »Forward is as Forward Does: Assessing Neoclassical Realism from a Traditions Perspective« in: Annette Freyberg-Inan / Ewan Harrison / Patrick James (Hg.), *Rethinking Realism in International Relations*, Baltimore 2009, S. 191–218, hier: S. 204.

14 Waltz, *Theory of International Politics*, aaO. (FN 12), S. 111.

15 Ebd., S. 97.

se steigern.<sup>16</sup> Zum einen können Staaten »intern« eigenständig ihre Fähigkeiten ausbauen, etwa durch Aufrüstung oder territoriale Expansion. Zum anderen können Staaten »extern« Allianzen – verstanden als »formal agreements made between two or more states to coordinate their actions«<sup>17</sup> – mit anderen, weitgehend identische Interessen (gegenüber Dritten) verfolgenden Staaten formen und durch dieses »pooling« der Machtmittel ihre Fähigkeiten ausweiten.<sup>18</sup>

Die Formierung von Allianzen und daraus folgende Handlungsmöglichkeiten und -zwänge für die an der Allianz beteiligten Staaten stehen im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen. Der Blick richtet sich dabei auf einen bestimmten Typ von Allianzen, in Form von bilateralen und zugleich asymmetrischen Allianzbeziehungen, wie etwa der »special relationship« zwischen den USA und Großbritannien<sup>19</sup> oder der im folgenden Abschnitt aufgegriffenen Allianz zwischen den USA und Australien. Solche Allianzen sind durch ein Machtungleichgewicht zwischen den beiden beteiligten Staaten gekennzeichnet. Sie bringen einen Staat mit großen materiellen Fähigkeiten (nachfolgend: »Seniorpartner«) mit einem Staat mit deutlich geringer ausgeprägten materiellen Fähigkeiten (nachfolgend: »Juniorpartner«) zusammen. Da der Seniorpartner nicht auf den Schutz des Juniorpartners angewiesen ist, geht er die Allianz aus anderen Gründen ein, etwa zu Steigerung der Legitimität des eigenen Handelns oder zur Beeinflussung der Außen- und ggf. auch der Innen- und Wirtschaftspolitik des weniger mächtigen Staates. Mitunter verfügt der weniger mächtige Staat auch über bestimmte, einzigartige Eigenschaften oder Fähigkeiten (etwa aufgrund seiner geografischen Lage), die ihn in den Augen des mächtigeren Staats zum attraktiven Partner machen.<sup>20</sup> Für den Juniorpartner ist hingegen der Erhalt des Schutzes durch den mächtigeren Staat – und damit die Steigerung der eigenen Sicherheit – der maßgebliche Grund für das Eingehen der Allianz.<sup>21</sup>

16 Morgenthau, *Politics Among Nations*, aaO. (FN 12), S. 199–206; John J. Mearsheimer, *The Tragedy of Great Power Politics*, New York/London 2001, S. 156–157.

17 Mark Crescenzi et al., »Reliability, Reputation, and Alliance Formation« in: *International Studies Quarterly* 56, Nr. 2 (2012), S. 259–274, hier: S. 262.

18 »Intern« und »extern« bezieht sich auf die Unterscheidung zwischen »internal balancing« und »external balancing«. Mearsheimer, *The Tragedy of Great Power Politics*, aaO. (FN 16), S. 156–157. Neben dem »balancing« gegen einen mächtigeren Staaten (bzw. eine Koalition von Staaten) kann die Formierung von Allianzen auch mittels des »bandwagoning« mit einem mächtigeren Staat (bzw. einer Koalition von Staaten) geschehen (*balance of power*). Waltz, *Theory of International Politics*, aaO. (FN 12). Walt verweist wiederum auf das »balancing« gegen einen Staat, der am bedrohlichsten eingeschätzt wird (*balance of threat*). Stephen M. Walt, »Alliance Formation and the Balance of World Power« in: *International Security* 9, Nr. 4 (1985), S. 3–43.

19 John Dumbrell, *A Special Relationship. Anglo-American Relations from the Cold War to Iraq*, 2. Auflage, Basingstoke 2006.

20 Stephen M. Walt, »Alliances in a Unipolar World« in: G. John Ikenberry / Michael Mastanduno / William C. Wohlforth (Hg.), *International Relations Theory and the Consequences of Unipolarity*, Cambridge 2011, S. 99–139, hier: S. 113.

21 Michaela Mattes, »Reputation, Symmetry, and Alliance Design« in: *International Organization* 66, Nr. 4 (2012), S. 679–707, hier: S. 689.

In bilateralen, asymmetrischen Allianzbeziehungen (aber auch in anderen Typen von Allianzen) kann das »alliance security dilemma« auftreten,<sup>22</sup> das auf die Risiken von »abandonment« und »entrapment« verweist. Übertragen auf die im Mittelpunkt dieses Beitrags stehenden asymmetrischen bilateralen Allianzbeziehungen hebt dieses Dilemma zum einen auf die Furcht des Juniorpartners ab, vom Seniorpartner verlassen (»abandoned«) zu werden. Dies kann auf unterschiedliche Weise geschehen, beispielsweise durch das Aufkündigen der Allianz oder die Verweigerung von Unterstützung in Situationen, in denen eine solche erwartet würde.<sup>23</sup> Im ersten Beispiel verliere der Juniorpartner die Schutzgarantie durch den Seniorpartner, im zweiten wäre diese zumindest in Frage gestellt. Da der Juniorpartner allerdings aufgrund seiner begrenzten materiellen Fähigkeiten auf die Schutzgarantie des Seniorpartners angewiesen ist, ist er bestrebt, ein Verlassenwerden jedweder Art zu verhindern.

Aufgrund der Machtasymmetrie ist es dem Juniorpartner allerdings kaum möglich, bei der Etablierung der Allianz gegen den Willen des Seniorpartners Mechanismen durchzusetzen (z. B. wirtschaftliche Konzessionen oder eine Institutionalisierung der militärischen Zusammenarbeit), welche dessen Verlässlichkeit zusätzlich steigern<sup>24</sup> – und somit für den Juniorpartner die Gefahr des »abandonment« verringern – würden.<sup>25</sup> Stattdessen muss der Juniorpartner vornehmlich durch sein Handeln seine »Schutzwürdigkeit« demonstrieren. Motiviert durch Eigeninteresse (Schutz/Überleben) folgt der Juniorpartner demnach dem Seniorpartner bei dessen außenpolitischen Unternehmungen. Einen nennenswerten Einfluss auf dessen Entscheidungen hat er in der Regel jedoch nicht. Dieses Phänomen wird als »entrapment« bezeichnet, verstanden als »being dragged into a conflict over an ally's interests that one does not share, or shares only partially. (...) Entrapment occurs when one values the preservation of the alliance more than the cost of fighting for the ally's interest«.<sup>26</sup> Je angewiesener der Juniorpartner auf die Schutzgarantie des Seniorpartners ist, und je fester er sich deshalb an den Seniorpartner bindet, um »abandonment« zu verhindern und die Schutzgarantie zu gewährleisten, desto wahrscheinlicher wird er Opfer von »entrapment«; und je mehr er sich dem »entrapment« entzieht, desto größer wird die Gefahr von »abandonment« – deshalb spricht Snyder vom »alliance security dilemma«.

22 Glen H. Snyder, »The Security Dilemma in Alliance Politics« in: *World Politics* 36, Nr. 4 (1984), S. 461–495. Snyder unterscheidet zwischen einem primären und einem sekundären »alliance security dilemma«. Während sich ersteres auf die Frage der Formierung von Allianzen bezieht, diskutiert letzteres mit Blick auf bestehende Allianzen für die beteiligten Staaten die Fragen »how firmly to commit themselves to the proto-partner and how much support to give that partner in specific conflict interactions with the adversary« (ebd., S. 466). Nachfolgend liegt der Fokus aus dem sekundären Dilemma.

23 Ebd., S. 466.

24 Die Erwartung eines bestimmten Grads an Verlässlichkeit ist hingegen eine Grundvoraussetzung für das Eingehen von Allianzen. Crescenzi *et al.*, *Reliability, Reputation, and Alliance Formation*, aaO. (FN 17), S. 260.

25 Mattes, *Reputation, Symmetry, and Alliance Design*, aaO. (FN 21), S. 680.

26 Snyder, *The Security Dilemma in Alliance Politics*, aaO. (FN 22), S. 467.

Ein wesentliches, weil mit hohen Kosten und Risiken verbundenes Element der Gewährleistung außenpolitischer Unterstützung des Juniorpartners für den Seniorpartner besteht in der Beteiligung an dessen militärischen Interventionen. Derlei (aber auch andere, nicht militärische) gemeinsame Aktionen der beiden Staaten<sup>27</sup> gegenüber »Dritten« können in Fiaskos enden. In Anlehnung an die weiter oben dargestellten objektivistischen Perspektiven zur Bewertung von Politiken zeichnen sich Fiaskos im Verständnis dieses Beitrags dadurch aus, dass die von den Akteuren im Vorfeld der Aktion festgelegten strategischen Zielsetzungen der Unternehmung (Regimewechsel, Verhinderung eines Regimewechsels, Machtdemonstration gegenüber anderen Großmächten etc.) klar verfehlt werden. Ob dem so ist, lässt sich anhand objektiv beurteilbarer Ergebnisse bzw. Folgen der außenpolitischen Handlungen feststellen, und zwar unter Rückgriff auf die von Howlett angeführten Dimensionen Ausmaß, Vermeidbarkeit, Sichtbarkeit, Intensität und Dauer.<sup>28</sup>

Bis zu diesem Punkt wäre die gemeinsame außenpolitische Unternehmung, bei der vordefinierte Ziele klar verfehlt werden, ein Fiasko für beide Allianzpartner. Aus der asymmetrischen Natur der Allianzbeziehung und den damit verbundenen unterschiedlichen Zielsetzungen, die mit der Allianz verbunden werden, können allerdings unterschiedliche Bewertungen ein und derselben außenpolitischen Unternehmung erwachsen. Dies ist jedoch nicht zwangsläufig gleichbedeutend mit einer subjektiven Einschätzung eines Sachverhalts, wie sie von konstruktivistischen Perspektiven in den Mittelpunkt gestellt wird. Vielmehr können die beiden Allianzpartner infolge ihrer unterschiedlichen Nutzenerwartungen an die gemeinsame Unternehmung verschiedene objektive Kriterien zu deren Bewertung heranziehen, aufgrund derer sie zu entgegengesetzten Beurteilungen gelangen. Für den nicht auf den Schutz durch den Juniorpartner angewiesenen Seniorpartner sollte der mit der gemeinsamen außenpolitischen Unternehmung verbundene Nutzen in erster Linie *außerhalb* der Allianzbeziehung liegen, im Sinne der Durchsetzung eigener Interessen gegenüber »Dritten«. Demgegenüber liegt für den Juniorpartner aufgrund seiner Angewiesenheit auf die Schutzgarantie durch den Seniorpartner der primäre Maßstab für den Erfolg oder Misserfolg einer gemeinsamen Unternehmung *innerhalb* der Allianzbeziehung. Mittels der Teilnahme an der außenpolitischen Unternehmung des Seniorpartners soll diesem die eigene Verlässlichkeit und Zuverlässigkeit demonstriert werden.<sup>29</sup> Dies geschieht in der Erwartung, sich auf diese Weise der fortgesetzten Schutzgarantie des Seniorpartners zu versichern und somit »abandonment« zu verhindern.

Unterstützungsleistungen des Juniorpartners für außenpolitische Unternehmungen des Seniorpartners sind demnach eine Art »Versicherungsprämie«, welche der Junior-

27 Ob an der außenpolitischen Unternehmung noch weitere Staaten (Juniorpartner) teilgenommen haben, scheint für die dargestellten Dynamiken unerheblich.

28 Howlett, *The Lessons of Failure*, aaO. (FN 5).

29 Dies schließt nicht aus, dass auch der Juniorpartner Interessen gegenüber dem Adressaten der gemeinsamen außenpolitischen Unternehmung hat. Das Argument lautet aber, dass das wesentliche(re) Interesse des Juniorpartners darin besteht, durch eigenes Handeln die Schutzgarantie des Seniorpartners aufrecht zu erhalten.

partner für den auch zukünftigen Schutz durch den Seniorpartner entrichtet. Entsprechend kann das Scheitern einer gemeinsamen außenpolitischen Unternehmung gegenüber einem Dritten vom Juniorpartner dennoch bzw. dann als Erfolg gewertet werden, wenn mittels der gemeinsamen Aktivitäten die Beziehungen zum Seniorpartner – die als wesentlicher für die eigene Sicherheit eingestuft werden als die Zielerreichung gegenüber »Dritten« – gestärkt worden sind. Dies ist mit »erfolgreichen Fiaskos« gemeint, die sich für den Juniorpartner in einer asymmetrischen Allianzbeziehung ergeben können. Für den Seniorpartner bleibt ein Fiasko hingegen ein Fiasko, da der Nutzen der Festigung der Allianzbeziehung in Folge gemeinsamer Unternehmungen mit dem Juniorpartner die aus dem Scheitern der Unternehmung resultierenden Kosten gegenüber Dritten nicht übersteigt.

Wie zuvor schon das außenpolitische Fiasko können auch »erfolgreiche Fiaskos« – verstanden als die Stärkung einer Allianzbeziehung im Zuge einer gemeinsamen, die Ziele gegenüber Dritten aber nicht erreichenden außenpolitischen Unternehmung und daraus erwachsende Zugewinne an Sicherheit für den Juniorpartner – objektiv festgestellt werden. Sie können Ausdruck finden bspw. in der Ausweitung der Sicherheitsgarantie, im Ausbau von Militärkontakten, in der Intensivierung von Handelsbeziehungen oder in symbolischen Akten (Staatsempfänge, Deklarationen etc). Der Beitrag nimmt somit in zweifacher Hinsicht eine objektivistische Perspektive ein: bei der Feststellung sowohl eines Fiaskos als auch der »positiven« Folgen eines Fiaskos aus der Perspektive des Juniorpartners.

### 3. »Erfolgreiche Fiaskos« Australiens im Rahmen seiner Allianz mit den USA

In diesem Abschnitt wird das Auftreten »erfolgreicher Fiaskos« anhand der Allianzbeziehung zwischen den USA und Australien und deren Intervention in Vietnam illustriert. Die Allianz verbindet die militärische wie auch wirtschaftliche »Großmacht« bzw. »Supermacht« USA mit der »Mittelmacht« Australien.<sup>30</sup> Die Asymmetrie der Allianzbeziehung steht somit außer Frage. Aus den obigen Ausführungen zum »alliance security dilemma« ergibt sich, dass die Allianzpartner unterschiedliche Erwartungen an die Allianz haben sollten (verkürzt: Legitimität für den Seniorpartner und Schutz für den Juniorpartner) und dass der Juniorpartner dem Seniorpartner ohne größere Mitsprachemöglichkeiten (»entrapment«) in dessen außenpolitische Unternehmungen inkl. militärischer Interventionen folgt, um ein Verlassenwerden zu verhindern (»abandonment«). Die gemeinsamen Aktivitäten können in Fiaskos enden, wobei diese aufgrund der unterschiedlichen mit der Allianz verbundenen Interessen zumindest für den Juniorpartner zu »erfolgreichen Fiaskos« werden können.

Die Zielsetzungen der USA in Vietnam (zu den Zielen Australiens siehe unten) lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Maßgeblich war die Verteidigung Südvietnams gegen eine kommunistische Bedrohung, die von Nordvietnam wie auch von Chi-

30 Andrew Carr, »Is Australia a Middle Power? A Systemic Impact Approach« in: *Australian Journal of International Affairs* 68, Nr. 1 (2014), S. 70–84.

na ausging.<sup>31</sup> In Vietnam stand die Glaubwürdigkeit der USA als Führer der freien Welt auf dem Spiel. In der Logik der »Domino-Theorie« kam hinzu, dass nach einem »Fall« Südvietnams weitere Staaten in der Region kommunistisch werden würden. Entsprechend galt es aus Sicht der amerikanischen Entscheidungsträger, ein kommunistisches Vietnam zu verhindern. Dies galt umso mehr, als dass die US-Administration unter Lyndon B. Johnson, die für die Eskalation des amerikanischen Engagements in Vietnam in den Jahren 1964/1965 verantwortlich zeichnete, davon überzeugt war, dass das Ausbleiben einer Reaktion auf Chinas Politik in Vietnam auch die Sowjetunion zu einem offensiveren Vorgehen ermutigen würde.<sup>32</sup>

Die strategischen Zielsetzungen der USA wurden allesamt verfehlt. Vietnam wurde kommunistisch, die Sowjetunion verhielt sich in den Folgejahren wieder aggressiver, wie die Intervention in Afghanistan im Jahr 1979 zeigte, und die USA büßten nicht zuletzt in der westlichen Welt an Legitimität, Macht und Prestige ein.<sup>33</sup> Die Äußerungen des für den amerikanischen Rückzug aus Vietnam verantwortlichen US-Präsidenten Richard Nixon von Ende Januar 1973 im Kontext der Unterzeichnung des Friedensvertrags, wonach dieser nicht nur den Krieg beenden, sondern »peace with honor in Vietnam and in Southeast Asia«<sup>34</sup> bringen würde, blieben Wunschdenken. Der Vertrag von Paris war nicht mehr als ein »Feigenblatt«, mittels welchem »the nakedness of their [der USA; KB] withdrawal« verdeckt werden sollte.<sup>35</sup> Zwei Jahre nach dem Rückzug der US-Truppen aus Vietnam trat das ein, was aus Sicht mehrerer US-Regierungen unbedingt hatte verhindert werden sollen: Nach dem Fall von Saigon im April 1975 wurde das gesamte Land kommunistisch. Die Intervention und das aus ihr hervorgehende »Vietnam-Syndrom« wirkten sich zudem in den Folgejahren in negativer Hinsicht auf die amerikanische Außenpolitik aus. So führten die aus dem Vietnamkrieg gezogenen »Lehren« bspw. dazu, dass die USA nicht dazu in der Lage waren, den Sturz des Schah im Iran oder die Intervention der Sowjetunion in Afghanistan (beides im Jahr 1979) vorherzusehen oder gar zu verhindern,<sup>36</sup> und sie beeinflussten ferner das fehlgeschlagene »nation-building« im Irak nach 2003.<sup>37</sup>

Für die amerikanische Intervention in Vietnam lassen sich für die oben angeführten Dimensionen zur Einordnung der Qualität einer Entscheidung durchweg starke Ausprägungen finden, was die Klassifizierung einer Entscheidung als »Fiasko« bzw. »ma-

31 Mao Lin, »China and the Escalation of the Vietnam War. The First Years of the Johnson Administration« in: *Journal of Cold War Studies* 11, Nr. 2 (2009), S. 35–69.

32 Ebd., S. 36.

33 John Garofano, »Tragedy or Choice in Vietnam? Learning to Think Outside the Archival Box. A Review Essay« in: *International Security* 26, Nr. 4 (2002), S. 143–168, hier: S. 143.

34 Zitiert nach Geoffrey Warner, »Review Article: Leaving Vietnam: Nixon, Kissinger and Ford, 1969–1975. Part Two: January 1972–January 1973« in: *International Affairs* 90, Nr. 1 (2014), S. 185–198, hier: S. 197.

35 Ebd., S. 198.

36 Dana Badie, »Doctrinal Cycles and the Dual-Crisis of 1979« in: *International Studies Perspectives* 12, Nr. 2 (2001), S. 212–230.

37 Mark T. Berger / Justin Y. Reese, »From Nation-states in Conflict to Conflict in Nation-states: The United States of America and Nation Building from South Vietnam to Afghanistan« in: *International Politics* 47, Nr. 5 (2010), S. 451–471.

«jor failure» nahe legt.<sup>38</sup> Die Frage nach der *Vermeidbarkeit* der Intervention in Vietnam lässt sich eindeutig bejahen. Der Vietnamkrieg gilt als »war of choice«<sup>39</sup> und somit als ein Krieg, der vermeidbar gewesen ist, da keine unmittelbare Bedrohung für die Sicherheit der USA vorlag, die wiederum für die Aufrechterhaltung der Unterstützung durch die Bevölkerung für eine langfristige und kostspielige Intervention notwendig gewesen wäre.<sup>40</sup>

Für die Dimensionen *Ausmaß* und *Intensität* lassen sich ebenfalls starke Ausprägungen feststellen. Bereits am Ende der Präsidentschaft von Kennedy waren etwa 16.000 amerikanische Militärberater in die Republik Vietnam (Südvietnam) präsent. Unter Kennedys Nachfolger Johnson wuchs deren Zahl weiter an. Anfang 1965 waren bereits etwa 27.000 Militärberater im Land. Im Laufe des Jahres folgten zunächst die ersten massiven Luftschläge und später der Einsatz von Kampftruppen am Boden. Ende 1965 waren mehr als 200.000 amerikanische Bodentruppen vor Ort; bis 1968 stieg deren Zahl auf rund 500.000. Die Kampfhandlungen blieben dabei nicht auf Vietnam begrenzt, sondern weiteten sich auf die Nachbarstaaten Laos und Kambodscha aus. Die finanziellen Kosten des Krieges für die USA werden auf etwa 111 Mrd. US-Dollar beziffert.<sup>41</sup> Etwa 58.000 amerikanische Soldaten verloren in Vietnam ihr Leben.<sup>42</sup>

Ebenso wenig in Frage steht die unerwartet lange *Dauer* der Intervention. Die ersten Kampfhandlungen begannen im Jahr 1965; das direkte militärische Engagement der USA endete im Jahr 1973. Die Intervention »dragged on far longer than could have been imagined«.<sup>43</sup> Sie dauerte länger als das US-Engagement in den beiden Weltkriegen zusammen.

Schließlich lässt sich auch die Frage nach der *Sichtbarkeit* der Intervention uneingeschränkt bejahen. Der Krieg vollzog sich nicht zuletzt Dank der Berichterstattung im Fernsehen vor den Augen der Weltöffentlichkeit. Diese wurde außerdem Zeuge von Massenprotesten, die sich in den USA gegen die Politik der eigenen Regierung entfal-

38 In diese Richtung weisen auch Studien, die auf den stark fehlerhaften Entscheidungsprozess abheben, der in den Jahren 1964/1965 unter US-Präsident Johnson zur Eskalation des Konflikts führte, oder auf die in den Folgejahren gewählte fahle militärische Strategie. Zu erstem Janis, Groupthink, aaO. (FN 8); zu letzterem James McAllister, »Who Lost Vietnam? Soldiers, Civilians, and U.S. Military Strategy« in: *International Security* 35, Nr. 3 (2010/2011) S. 95–123; Matthew Adam Kocher / Thomas B. Pepinsky / Stathis N. Kalyvas, »Aerial Bombing and Counterinsurgency in the Vietnam War« in: *American Journal of Political Science* 55, Nr. 2 (2011), S. 201–218.

39 James D. Boys, »Exploiting Inherited Wars of Choice: Obama's Use of Nixonian Methods to Secure the Presidency« in: *American Politics Research* 42, Nr. 5 (2014), S. 815–840.

40 Andrew J. Polsky, »Staying the Course: Presidential Leadership, Military Stalemate, and Strategic Inertia« in: *Perspectives on Politics* 8, Nr. 1 (2010), S. 127–139, hier: S. 131.

41 John Daggett, »Costs of Major U.S. Wars. Congressional Research Service CRS-Report for Congress 7-5700«, 29. Juni 2010, <http://fas.org/sgp/crs/natsec/RS22926.pdf> (Stand: 14. November 2014).

42 Garofano, *Tragedy or Choice in Vietnam?*, aaO. (FN 33), S. 143.

43 Boys, *Exploiting Inherited Wars of Choice*, aaO. (FN 39), S. 835.

teten. Die Proteste offenbarten nicht nur die innere Zerrissenheit des Landes, sondern begrenzten auch die Handlungsmöglichkeiten der Entscheidungsträger.<sup>44</sup>

Als nächstes stellt sich die Frage, aus welchen Gründen Australien an der Intervention in Vietnam teilnahm. Die Entwicklungen in Vietnam selbst waren für die australische Entscheidung nicht unerheblich, da eine Ausbreitung des Kommunismus in Asien durch Nordvietnam und China eine Bedrohung für das Land nach sich ziehen hätte können.<sup>45</sup> Das wesentlichere Motiv bestand allerdings darin, den USA in Vietnam zur Seite zu stehen: Australiens »strategic dependence on the United States«<sup>46</sup> ebnete den Weg zur Beteiligung des Landes am Vietnamkrieg. Im Gefolge der USA schickte Australien bereits Mitte 1962 Militärberater nach Vietnam. Als die USA Mitte 1964 eine Anfrage zur militärischen Unterstützung in Vietnam an mehr als ein Dutzend westliche Staaten versandte, war Australien das einzige Land, das dem Ansinnen unmittelbar nachkam.<sup>47</sup> Es wurden weitere australische Militärberater wie u. a. auch Fahrausbilder und ein halbes Dutzend Transportflugzeuge entsandt. Eine signifikante Aufstockung erfuhr das australische Kontingent im Zuge der Eskalation des Vietnamkonflikts durch die Johnson-Regierung. Wenige Wochen nach der Entscheidung des US-Präsidenten zur Entsendung von *Marines* nach Vietnam beschloss die konservative australische Regierung unter Robert Menzies Anfang April 1965, ein Infanteriebataillon bereitzustellen. Ihren Höhepunkt in personeller Hinsicht erreichte die Beteiligung Australiens am Vietnamkrieg im November 1966, als der Beitrag auf etwa 8300 Kräfte angehoben wurde.<sup>48</sup> Am Ende des Krieges hatte Australien insgesamt 500 Tote und 3000 Verwundete zu beklagen.<sup>49</sup>

Die australischen Aktivitäten lassen sich mit dem oben angeführten »alliance security dilemma« erklären. Mittels der eigenen Aktivitäten wollte das Land den USA seine »usefulness and loyalty«<sup>50</sup> demonstrieren und auf diese Weise ein »abandonment« durch den Seniorpartner verhindern. In mehreren vertraulichen Diskussionen im Rahmen des *Foreign Affairs and Defence Committee* des australischen Kabinetts lies Premierminister Menzies keine Zweifel an seinen diesbezüglichen Motiven. So müsse Australien »do whatever lies in our physical capacity«<sup>51</sup>, um die USA in Vietnam zu unterstützen. Konkret bezogen auf die Entsendung australischer Kampftruppen verwies Menzies entsprechend nicht nur auf die Förderung australischer Sicherheitsinteressen in der Region, sondern auch auf den psychologischen Effekt der Entsendung auf

44 Polsky, *Staying the Course*, aaO. (FN 40).

45 Gregory Pemberton, *All the Way. Australia's Road to Vietnam*, Sydney et al. 1987, S. 249.

46 Ebd., S. XIV.

47 T.B. Millar, »Vietnam« in: Carl Bridge (Hg.), *Munich to Vietnam. Australia's Relations with Britain and the United States since the 1930s*, Carlton 1991, S. 174–193, hier: S. 188.

48 Frank Frost, *Australia's War in Vietnam*, London/Boston 1987, S. 25.

49 Australian War Memorial [AWM] »Australian casualties in the Vietnam War, 1962–72«, <http://www.awm.gov.au/encyclopedia/vietnam/statistics> (Stand: 21. Januar 2014).

50 Pemberton, *All the Way*, aaO. (FN 45), S. 195.

51 Zitiert nach ebd., S. 259.

die USA, der »phenomenally valuable, including in Australia's interest«<sup>52</sup> wäre – und zwar bezogen auf den fortgesetzten Schutz durch die USA. In diesem Sinne bemerkt auch Millar, dass die australische Teilnahme am Vietnamkrieg eine unmittelbare Folge der Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs gewesen sei, wo das Land erkennen musste, dass seine traditionelle Schutzmacht Großbritannien es nicht länger schützen konnte und dass ein Schutz nur durch die USA gewährleistet werden könne. Die australische Teilnahme am Vietnamkrieg war daher »an insurance premium for United States protection in the event of an ultimate if unforeseeable situation of (another) threat from Asia.«<sup>53</sup>

Für den Seniorpartner USA waren die australischen Beiträge in militärischer Hinsicht nachrangig. Wesentlicher war der diplomatische wie auch der politische Nutzen, der sich für die USA durch die Einbindung Australiens ergab: »The presence of Australian forces in Vietnam was appreciated by the US because it helped indicate that the US government was not isolated in its involvement in the conflict.«<sup>54</sup> Dies gilt umso mehr, als dass der traditionelle Verbündete der USA, Großbritannien, militärische Unterstützungsleistungen in Vietnam verweigerte.<sup>55</sup> Die Nichtbeteiligung Großbritanniens war auch für Australien insofern bemerkenswert, als dass das Land zum ersten Mal an einem Krieg teilnahm, an dem nicht auch seine frühere Schutzmacht beteiligt war. Goldsworthy spricht in diesem Zusammenhang von »the transfer of Australia's primary security relationship from Britain to the United States of America.«<sup>56</sup>

Diese Demonstration von Verlässlichkeit wie auch Eigenständigkeit steigerte den Wert des australischen Beitrags in den Augen der USA zusätzlich.<sup>57</sup> Eine nennenswerte Einbeziehung des Juniorpartners in die politischen und militärischen Entscheidungsprozesse der USA erwuchs daraus jedoch nicht. Ganz im Sinne des »entrapment« war es der Seniorpartner, der die richtungweisenden Entscheidungen traf.<sup>58</sup> Dies gilt für die Zeit vor der Eskalation des Konflikts, als Australien bspw. nicht über verdeckte amerikanische Operationen informiert wurde,<sup>59</sup> für die Entwicklungen nach 1965 und schließlich auch für die Beendigung der Intervention: »All the major American decisions relating to the withdrawal of troops from Vietnam and its efforts to reach terms

52 Zitiert nach Peter Edwards (with Gregory Pemberton), *Crises and Commitments. The Politics and Diplomacy of Australia's Involvement in Southeast Asian Conflicts 1948–1965*, Sydney 1992, S. 362.

53 Millar, Vietnam, aaO. (FN 47), S. 174.

54 Frost, Australia's War in Vietnam, aaO. (FN 48), S. 178.

55 James Llewelyn, »Steadfast yet Reluctant Allies: Japan and the United Kingdom in the Vietnam War« in: *Diplomacy and Statecraft* 22, Nr. 4 (2011), S. 608–633.

56 David Goldsworthy, *Losing the Blanket. Australia and the End of Britain's Empire*, Carlton 2002, S. 2.

57 Pemberton, All the Way, aaO. (FN 45), S. 195, 257.

58 Auch wenn Australien in den Jahren 1964/65 die USA darin bestärkten, ihr Engagement in Vietnam auszuweiten, besteht kein Zweifel daran, dass die diesbezügliche Entscheidung der Johnson-Regierung nicht aufgrund der australischen Politik getroffen wurde. Pemberton, All the Way, aaO. (FN 45), Kap. 9; Millar, Vietnam, aaO. (FN 47), S. 190.

59 Pemberton, All the Way, aaO. (FN 45), S. 211.

with the enemy were carried out without any prior discussions with the Australians.«<sup>60</sup>

Auch wenn der Krieg für die USA wie auch für das an dessen Seite kämpfende Australien »vor Ort« in Vietnam in einem Fiasko endete, profitierte Australien in mehrfacher Hinsicht von der gemeinsamen Unternehmung mit dem Seniorpartner. In politischer Hinsicht wurden bereits die australischen Unterstützungsleistungen vor dem Jahr 1965 äußerst positiv aufgenommen.<sup>61</sup> Während des Krieges wurde Australien dann in den Worten eines hochrangigen Beamten des amerikanischen Außenministeriums zum »by far the most ‚politically significant‘ US ally in Vietnam.«<sup>62</sup> Der gewachsene Stellenwert des Landes zeigte sich bspw. im Sommer 1966 während einer USA-Reise des neuen australischen Regierungschef Harold Holt, als dieser einen »hero’s welcome«<sup>63</sup> erhielt.

Neben der allgemeinen Aufwertung zog Australien auch sicherheitspolitischen und ökonomischen Nutzen aus seiner Unterstützung für die USA. In sicherheitspolitischer Hinsicht wurde die Allianz durch umfangreiche Waffengeschäfte gefestigt. Australien wurde zum drittgrößten Exportmarkt für amerikanische Rüstungsprodukte.<sup>64</sup> Hinzu kam Ende der 1960er Jahre die Installation mehrerer amerikanischer Kommunikations- bzw. nachrichtendienstlicher Einrichtungen in Australien (in Pine Gap, Northwest Cape und Nurrungar), welche »were to become vital to its [der USA; KB] global security system«<sup>65</sup> und die nachhaltig zum fortgesetzten Interesse der USA an der Allianz mit Australien beitragen. In ökonomischer Hinsicht entwickelte sich Australien Ende der 1960er Jahre zum neuntgrößten Empfänger amerikanischer Exporte; ein Viertel aller australischen Importe stammten aus den USA. Zugleich wurde Australien in dieser Zeit zum fünftgrößten Empfänger amerikanischer Direktinvestitionen im Ausland.<sup>66</sup> Insbesondere aufgrund seiner Unterstützung während des Vietnamkriegs entwickelte sich Australien zu »America’s only reliable ally«<sup>67</sup> in Südostasien. Als Gegenleistung hierfür stand es weiterhin unter dem Schuttschirm der amerikanischen Supermacht. In dieser Hinsicht hatte sich die Teilnahme Australiens am Vietnamkrieg ausgezahlt.

60 James Curran, »The Dilemmas of Divergence: The Crisis in American-Australian Relations, 1972–1975« in: *Diplomatic History*, Advance access, DOI: 10.1093/dh/dh097 (Zugriff am 16.1.2014), S. 9.

61 Pemberton, *All the Way*, aaO. (FN 45), S. 202.

62 Zitiert nach Millar, *Vietnam*, aaO. (FN 47), S. 190.

63 Ebd.S. 184.

64 Pemberton, *All the Way*, aaO. (FN 45), S. 331.

65 Ebd., S. 338.

66 Ebd., S. 329–330.

67 Ebd., S. 332.

#### 4. Fazit

Dieser Beitrag argumentiert, dass außenpolitische Fiaskos anhand objektiver Kriterien festgestellt werden können. Fiaskos treten dann auf, wenn die von den Akteuren mit der außenpolitischen Unternehmung verbundenen grundlegenden Zielsetzungen klar verfehlt werden. Operationalisieren lässt sich dies in Anlehnung an Howlett entlang der Dimensionen Ausmaß, Vermeidbarkeit, Sichtbarkeit, Intensität und Dauer.<sup>68</sup> Außenpolitische Fiaskos liegen dann vor, wenn sich für eine Entscheidung hohe Werte bzw. starke Ausprägungen entlang jeder der angeführten Dimensionen feststellen lassen. Der Beitrag bietet somit einen alternativen Zugang zu subjektiven Erklärungsansätzen, die auf die Konstruktion von Fiaskos im politischen Diskurs abheben.

In Anlehnung an das »alliance security dilemma«<sup>69</sup> argumentiert der Beitrag zugleich, dass das mit einer gemeinsamen außenpolitischen Unternehmung verbundene außenpolitische Fiasko von den beiden an einer bilateralen, asymmetrischen Allianzbeziehungen beteiligten Staaten unterschiedlich beurteilt werden können. Ursächlich hierfür sind die unterschiedlichen Zielsetzungen, welche die Staaten mit der Allianz verbinden: Während der mächtigere Staat (Seniorpartner) die Allianz aus Gründen wie der Steigerung der Legitimität des eigenen Handelns als nützlich ansieht, steht für den weniger mächtigen Staat (Juniorpartner) die Gewährleistung der Sicherheitsgarantie durch den Seniorpartner im Mittelpunkt. Vor diesem Hintergrund kann ein außenpolitisches Fiasko zumindest für den Juniorpartner doch zum Erfolg werden (»erfolgreiche Fiaskos«), sofern die Beteiligung an der gemeinsamen, in der Regel vom Seniorpartner initiierten Unternehmung die Bindung zu diesem stärkt, etwa in politischer, militärischer oder ökonomischer Hinsicht. Auch diese Folgen eines Fiaskos können, so die Argumentation dieses Beitrags, anhand objektiver Kriterien erfasst werden.

Illustriert wird das Auftreten erfolgreicher Fiaskos am Beispiel der Allianz zwischen den USA und Australien, genauer an der von den USA geführten und unter australischer Beteiligung vollzogenen Intervention in Vietnam. Abschließend ist festzuhalten, dass für Australien die Beteiligung an der Intervention in Vietnam nicht das einzige »erfolgreiche Fiasko« im Kontext seiner Allianz mit den USA gewesen ist. Das jüngste Beispiel ist die Entsendung australischer Truppen in die von den USA geführte »Koalition der Willigen« zur Intervention im Irak im Jahr 2003. Trotz des Sturzes von Saddam Hussein konnten die weiteren mit der Intervention verbundenen Zielsetzungen (Stabilisierung, Demokratisierung etc.) nicht erreicht werden. Die von australischer Seite gehegte Hoffnung auf eine weitere Vertiefung der Beziehungen zu den USA<sup>70</sup> erfüllte sich dennoch. Sie zeigte sich u. a. an einem bilateralen Freihandelsabkommen (im Jahr 2004 unterzeichnet) und einem Vertrag zur Verbesserung der Zusammenarbeit im Rüstungssektor (im Jahr 2007 unterzeichnet).

68 Howlett, *The Lessons of Failure*, aaO. (FN 5).

69 Snyder, *The Security Dilemma in Alliance Politics*, aaO. (FN 22).

70 Lloyd Cox / Brendon O'Connor, »Australia, the US, and the Vietnam and Iraq Wars: »Hound Dog, not Lapdog« in: *Australian Journal of Political Science* 47, Nr. 2 (2012), S. 173–187.

### Zusammenfassung

Dieser Beitrag argumentiert, dass außenpolitische Fiaskos anhand objektiver Kriterien festgestellt werden können. Fiaskos treten dann auf, wenn die von den Akteuren mit der außenpolitischen Unternehmung verbundenen grundlegenden Zielsetzungen klar verfehlt werden. Operationalisieren lässt sich dies entlang der Dimensionen Ausmaß, Vermeidbarkeit, Sichtbarkeit, Intensität und Dauer. In Anlehnung an das »alliance security dilemma« (Synder) argumentiert der Beitrag ferner, dass das mit einer gemeinsamen außenpolitischen Unternehmung verbundene außenpolitische Fiasko von den beiden an einer bilateralen, asymmetrischen Allianzbeziehungen beteiligten Staaten unterschiedlich beurteilt werden kann. Ursächlich hierfür sind die divergierenden Zielsetzungen (verkürzt: Legitimität vs. Sicherheit), welche die unterschiedlich mächtigen Staaten mit der Allianz verbinden. Vor diesem Hintergrund kann ein außenpolitisches Fiasko zumindest für den weniger mächtigen Staat zu einem »erfolgreichen Fiasko« werden, sofern die außenpolitische Unternehmung die Bindung (politisch, militärisch etc.) zum mächtigeren Staat verstärkt. Zur Illustration dient die von den USA geführte und unter australischer Beteiligung vollzogene Intervention in Vietnam.

### Summary

This article argues that foreign policy fiascos can be established based on objective criteria. Fiascos occur when actors fail to accomplish the fundamental objectives that are associated with their foreign policy undertaking. The latter can be operationalized along the following dimensions: extent, avoidability, visibility, intensity, and duration. Further, based on the »alliance security dilemma« (Snyder) this article argues that a foreign policy fiasco which is associated with a joint foreign policy undertaking can be judged differently by the respective states due to diverging objectives (in brief: legitimacy vs. security) that the states, with their differing power potential, ascribe to the alliance. Hence, at least for the less powerful state a foreign policy fiasco can turn into a »successful failure« provided that the joint foreign policy undertaking strengthens the (political, military, etc.) ties with the more powerful state. To illustrate this argument, this article draws on the US-led intervention in Vietnam to which Australia contributed.

*Klaus Brummer*, »Successful Fiascos«. Objective Criteria for Studying Foreign Policy Failures